



Bericht aus **Berlin**

Gunther Krichbaum 

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freunde,

in dieser letzten Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause haben wir in Berlin wichtige Entscheidungen getroffen:

Zum einen wurde mit dem **Gebäudemodernisierungsgesetz** das alte Heizungsgesetz von Robert Habeck abgelöst. Künftig kann jeder Haus- oder Wohnungseigentümer wieder selbst entscheiden, wie geheizt wird. Der Zugriff des Staats in den privaten Heizungskeller wurde von uns gestoppt. Damit wird das wohl umstrittenste Gesetz der Ampel-Regierung grundlegend überarbeitet. Selbstverständlich halten wir an den Klimaschutzverpflichtungen fest. Aber wir ermöglichen jetzt Technologieoffenheit, Innovationen, Flexibilität und Eigenverantwortung.

Verabschiedet wurde auch die umfassendste **Gesundheitsreform** seit Jahrzehnten. Die Ausgangslage war dramatisch: **Ohne die Reform wären die Defizite der Gesetzlichen Krankenkassen bis 2029 auf 40 Mrd. Euro pro Jahr (!) gestiegen.** Bereits im nächsten Jahr hätten dann die Beiträge um 1% steigen müssen. Dies hätte Versicherte und Arbeitgeber 20 Mrd. Euro gekostet. Deshalb habe ich schon im Mai nach der Vorstellung der Expertenempfehlung zu dieser Reform davon gesprochen, dass jetzt keine minimalinvasiven Maßnahmen mehr genügen, sondern ein großer Wurf. Der ist uns heute gelungen und zu dem müssen alle Beteiligten einen Beitrag leisten. In den parlamentarischen Beratungen wurden noch einige Veränderungen an dem Gesetzesentwurf vorgenommen. So reduziert sich der Beitrag für nicht beschäftigte Ehepartner von ursprünglich geplant knapp 203,43 Euro auf max. 145,31 Euro. Solange Kinder unter 11 Jahren (ursprünglich: unter 7 Jahren) betreut werden. Zudem erhöht sich der Bundeszuschuss für die Krankenversorgung der Bürgergeldempfänger. Das war der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein besonderes Anliegen. Statt 250 Mio. Euro wird der Bund im nächsten Jahr 1 Mrd. Euro für diese versicherungsfremde Leistung an die Krankenkassen überzeugen. In den nächsten Jahren steigt dieser Betrag schrittweise an. Und schließlich erhalten die Länder mehr Geld für die Krankenhäuser.

Die kommenden Wochen bis zum Beginn der baden-württembergischen Sommerferien werde ich wie jedes Jahr für **viele Termine in unserer Region nutzen**. Und ich freue mich darauf, viele mit Ihnen beim traditionellen **Sommerfest unseres CDU-Kreisverbandes am 24. Juli** persönlich ins Gespräch zu kommen.



Gunther Krichbaum

Abonnieren Sie hier meinen neuen Newsletter

Bislang wurde dieser Newsletter dankenswerterweise von der CDU-Kreisgeschäftsstelle verschickt. Um Sie direkt mit Informationen zu aktuellen Themen versorgen zu können, möchte ich Sie bitten, sich hier anzumelden, um meinen Newsletter zu abonnieren.

Zudem erreichen Sie mich selbstverständlich auch weiterhin in meinen Büros in Pforzheim und Berlin:

Wahlkreisbüro Pforzheim:

Telefon: 07231-140061

Email: gunther.krichbaum.wk@bundestag.de

Bundestagsbüro Berlin:

Telefon: 030-227 70371

Email: gunther.krichbaum@bundestag.de

Email: gunther.krichbaum@bundestag.de

Sie wollen nicht auf den Newsletter warten, sondern tagesaktuell dabei sein?

Dann folgen Sie mir auf:



Digitale Sprechstunde – nächster Termin Ende Juli

Es hat mich sehr gefreut, dass sich so viele an der digitalen Sprechstunde beteiligt haben. Mir sind diese Gespräche sehr wichtig, um in die Basis hineinzuhören und Eure Interessen in Berlin sachgemäß zu vertreten. Gleichzeitig bietet sich mir hier die Möglichkeit, die ein oder andere Entscheidung der Bundesregierung ausführlicher zu erläutern. In

unserer schnelllebigen Zeit erleben wir leider viel zu oft, dass Reformen nur in Schlagzeilen angerissen werden, die nicht ausreichend in die Tiefe gehen. Gerne möchte ich diese Gelegenheit nutzen, bereits auf die nächste digitale Sprechstunde aufmerksam zu machen. Diese soll Ende Juli stattfinden. Die Einladung folgt.



„Die Mitte liefert!“ – Regierungserklärung des Bundeskanzlers



14 Monate nach dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung und unmittelbar nach dem NATO-Gipfel in Ankara hat Bundeskanzler Friedrich Merz an diesem Donnerstag im Bundestag eine Regierungserklärung abgegeben.

Die Bundesregierung ist angetreten, um aus der Mitte der Gesellschaft unser Land zu gestalten und in eine gute Zukunft zu führen, in der sich der Staat zurücknimmt und Freiräume schafft. Oft wird behauptet, diese Mitte würde nicht liefern. Aber gerade die Verabredungen der Regierungskoalition aus der vergangenen Woche zeigen: Unser Land, unsere Demokratie, die Idee, dass unterschiedliche Parteien sich zusammenfinden, eine Koalition bilden, um unser Land besser zu machen – das funktioniert.

Natürlich: Manches, was wir mit den Koalitionspartnern vereinbaren, würden wir in einer CDU-Alleinregierung nicht beschließen. Aber wir haben in den 14 Monaten seit dem Start der neuen Bundesregierung im Mai 2025 vieles auf den Weg gebracht, was die Grundlage für mehr Wachstum, Innovation und eine verlässliche soziale Absicherung legt. Und es mehren sich positive Signale: **seit Jahresbeginn haben bereits 10.000 Arbeitnehmer das Angebot der Aktivrente angenommen.** Wer freiwillig länger arbeitet, kann nun bis zu 2.000 Euro pro Monat steuerfrei verdienen. Das hält Erfahrung in den Betrieben. In diesem Jahr wurden bereits **3.000 Start-ups neu gegründet.** Das sind so viele wie im ganzen Jahr 2025 - und auch damals war es schon ein Rekordjahr. Besonders wichtig ist, dass davon **1/3 im Bereich KI** arbeiten. Und schließlich sind die **Auftragsbestände** der deutschen Wirtschaft im Vergleich zum Jahreswechsel 2024/25 **um 30% gestiegen.** Bei allen Schwierigkeiten sind das ermutigende Zeichen für unsere Volkswirtschaft.

Nach dem **NATO-Gipfel** konnte der Bundeskanzler eine bedeutende Übereinkunft mit US-Präsident Trump verkünden: Im August werden die USA die Lieferung von **Tomahawk-Marschflugkörper** genehmigen, über die die Bundeswehr bislang nicht verfügt. Damit schließen wir eine wichtige strategische Lücke in unserer Verteidigung.

Die gesamte Regierungserklärung des Bundeskanzlers können Sie [**hier**](#) nachhören.

Europa wehrt sich gegen Temu, Shein und co.

Seit mittlerweile einigen Jahren überfluten chinesische Warenhändler wie Temu und Shein unsere europäischen Märkte mit billigen, qualitätsarmen und unter fragwürdigen Bedingungen hergestellten Produkten, die schädlich für Mensch und Klima sind. Die Krönung dieses Verhaltens war der Verkauf von Sexpuppen mit kindesähnlichen Zügen im bislang einzigen Shein-Store in Paris, woraufhin sich die französische Staatsanwaltschaft einschaltete.

Ende Juni hat nun die EU-Kommission nach Abschluss des vorangegangenen EU-Verfahrens beschlossen, **Pakete, die von außerhalb der Europäischen Union kommen, mit drei Euro je Ware zu verzollen.** Bislang wurden Pakete erst ab einem Warenwert von 150 EUR verzollt. Temu, Shein und ihresgleichen haben diese Regeln gleich in zweifacher Hinsicht umgangen, indem sie erstens günstige



Produkte verkauft und zweitens den Inhalt gegebenenfalls auf mehrere Pakete aufgeteilt haben, sodass kein einzelnes den Warenwert von 150

EUR überschritt. Nach der neuen Regelung gilt die Gebühr für alle Pakete und pro Warengruppe, d. h., wenn ein Paket z. B. ein T-Shirt, eine Tasse und eine Handyhülle enthält, fallen neun Euro Zölle an. Damit schützen wir unsere heimischen Märkte. Außerdem werden auch unsere Konsumenten und das Klima geschützt.

Zudem hat die EU-Kommission im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste (Digital Service Act - DSA) bereits Ende Juni eine **Geldbuße in Höhe von 200 Millionen EUR gegen Temu verhängt**. Auch hier war der Hintergrund der unfaire Wettbewerbsvorteil durch aggressive Niedrigpreisstrategien sowie die Umgehung europäischer Sicherheitsregeln seitens Chinas. Es ist erst das zweite Mal, dass eine solche Geldstrafe überhaupt verhängt wurde, was die gravierende Lage verdeutlicht.

Zusätzlich zu den genannten Zöllen und Strafen gegen billige Onlineanbieter treten **ab dem 1. Juli auch schärfere Regeln für Stahlimporte in Kraft**. Damit schützen wir uns vor globaler Überproduktion und billiger Konkurrenz nicht nur aus China, sondern auch aus Indien und der Türkei. Nach den neuen Bestimmungen dürfen



47 Prozent weniger zollfreier Stahl in die EU eingeführt werden, was einer Begrenzung auf 18,3 Millionen Tonnen pro Jahr entspricht. Stahlmengen, die diese Grenze überschreiten, werden mit einem **Strafzoll von 50 Prozent belegt** – das ist doppelt so viel wie bisher. Mit diesen Maßnahmen schützen wir unseren europäischen Markt, der immerhin der drittgrößte Stahlproduzent ist, sowie 300.000 Arbeitsplätze, die direkt von diesem Bereich abhängen.

Bafög-Novelle kommt

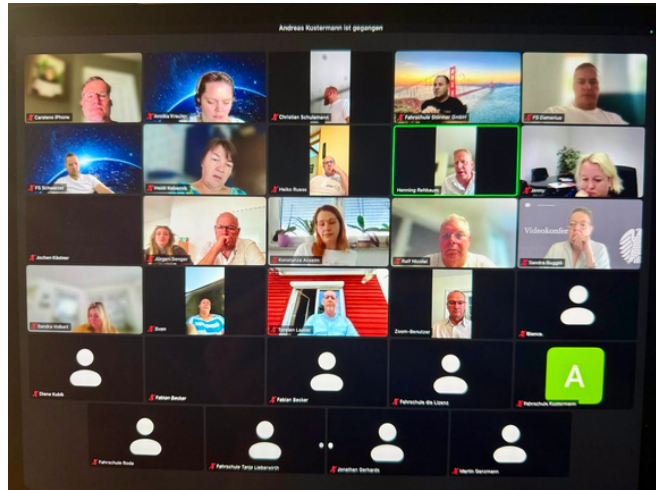


Nach langen Verhandlungen hat sich die Koalition in dieser Woche auf eine Reform der Studienförderung verständigt. Ab dem Wintersemester 2027/28 steigt der Bafög-Grundbedarf von gegenwärtig 475 Euro pro Monat in zwei Schritten auf das Niveau des Regelsatzes der Grundsicherung in Höhe von 563 Euro. Der Bafög-Höchstsatz steigt von 992 Euro auf 1100 Euro. Zudem erhöht sich im Sommersemester 2027 die Wohnkosten-

pauschale von 380 Euro auf 440 Euro. Zudem soll das Bafög künftig **ausschließlich online** zu beantragen sein, um die Bearbeitungszeiten zu reduzieren. Noch im Juli soll das entsprechende Gesetz im Bundeskabinett verabschiedet werden.

Führerscheinreform - Gespräch mit Fahrlehrern

Mit der bevorstehenden Führerscheinreform ist es verständlich, dass Fahrlehrer viele Fragen haben. Deshalb habe ich gemeinsam mit dem Fahrlehrerverband BW ein Online-Gespräch mit den Fahrlehrern aus unserer Region geführt. Als besonderen Gast durfte ich meinen Kollegen Henning Rehbaum begrüßen,



der im Deutschen Bundestag als Berichterstatter – also als zuständiger Fachpolitiker und Verhandler – für dieses Thema verantwortlich ist.

In der Gesprächsrunde haben wir viele Aspekte der geplanten Reform diskutiert. Es ist wichtig, dass der Führerschein günstiger und flexibler wird – schließlich darf er nicht bis zu 4.500 Euro kosten. Gleichzeitig ist es mir ein wichtiges Anliegen, bei der Umsetzung der Reform alle Beteiligten mitzunehmen.

“Wer bestellt, bezahlt!” – Bund und Länder einigen sich auf Finanzentlastung der Kommunen

Anfang Juli haben wir, die Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker der CDU und SPD aus Baden-Württemberg in der Landesvertretung in Berlin getroffen und über die Zukunft unserer Region gesprochen – unter ihnen unsere Landtagsabgeordneten Nico Gunzelmann und Andreas Renner sowie Oberbürgermeister Peter Boch, Frank Mentrup und Harry Mergel. Im Mittelpunkt der Gespräche stand der neue Mechanismus zur Entlastung der Kommunen, auf den sich Bundeskanzler Friedrich Merz und die Regierungschefinnen und -chefs der Länder Ende Juni verständigt haben.

Ab dem 1. Oktober 2026 wird der Bund keine Leistungsgesetze mehr beschließen, die für die Kommunen keinen entsprechenden Kostenausgleich vorsehen. **Künftig gilt das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“.** **Belastet ein neues Bundesgesetz Länder und Kommunen mit mindestens 200 Mio. Euro jährlich, wird der Bund 80 Prozent der Kosten über die Umsatzsteuerbeteiligung kompensieren.** Damit sollen vor allem die ständig steigenden Sozialausgaben der Kommunen gedämpft werden. Mit dieser

Einigung setzen wir ein weiteres wichtiges Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag um.

Bei meinen Gesprächen mit Bürgermeistern und Gemeinderäten aus unserer Region wurde ich immer wieder auf die Kostenexplosion bei den Sozialleistungen, vor allem beim Bundesteilhabegesetz, der Kinder- und Jugendhilfe und beim Unterhaltsvorschuss hingewiesen. Allein beim Unterhaltsvorschuss haben sich die Kosten für die Kommunen in den letzten zehn Jahren verdreifacht. Diese Kosten müssen die Kommunen allein tragen. Daher ist es wichtig, dass die Verabredung zwischen Bund und Ländern nicht nur für die Zukunft gilt, sondern die Ausgabendynamik auch für bestehende Leistungsgesetze durchbrochen werden soll.

Zu diesem für unsere Kommunen wichtigen Thema habe ich eine gemeinsame Pressemitteilung mit unserem Fraktionsvorsitzenden im Kreistag, Günter Bächle, und unserem Landtagsabgeordneten für den Enzkreis, Nico Gunzelmann, herausgegeben. Diese finden Sie **im Anhang**.



Social Wall

Einmal im Jahr lädt die **Kreishandwerkerschaft Pforzheim/Enzkreis** die Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker zum **traditionellen Saueressen** ein. Gemeinsam mit den Landtagsabgeordneten Nico Gunzelmann und Andreas Renner sowie allen Obermeistern der Innungen haben wir uns darüber ausgetauscht, wie wir für das Handwerk in Pforzheim und dem Enzkreis besser politische Rahmenbedingungen schaffen können.

Im Mittelpunkt standen wichtige Themen wie Bürokratieabbau, Wettbewerksfähigkeit und der Nachwuchs – alles entscheidende Voraussetzungen, damit das Handwerk in unserer Region weiterhin

leistungsstark bleibt. Erstmals führte auch Catarina Haberstroh, die neue Geschäftsführerin der Kreishandwerkerschaft, gemeinsam mit dem Vorsitzenden Frank Herrmann durch den Abend.



Anlässlich des Tages der offenen Türe des **THW Niefern-Öschelbronn** habe ich den Ortsverband besucht und mich mit dem stv. Ortsbeauftragten Daniel Kohlemann getroffen. Das THW ist überall dort tätig, wo Menschen dringend Hilfe benötigen - sei es bei uns, im Ahrtal oder in Venezuela. Das Beeindruckende: So gut wie alle Helferinnen und Helfer machen das als Ehrenamt. Vielen Dank für Eure Hilfe!

Mit Blick auf die geopolitisch sensible Lage, plant die Bundesregierung bis 2029 rund zehn Milliarden Euro in den Zivil- und Katastrophenschutz zu

investieren. Davon erhält das THW 640 Millionen Euro, von denen z. B. Spezialfahrzeuge beschafft werden.

Am Sonntag war ich zu



Besuch beim Sommerfest
im **Alten Schlachthof**.
Beeindruckend, was hier
schon geschaffen wurde:
Kunst, Raum für Kultur und
zukünftig neuer Wohnraum.
Ich empfehle allen, dort mal
hinzugehen und sich das
selbst anzuschauen!



Copyright Gunther Krichbaum MdB, 2026. All rights reserved.
Titelfoto: T. Koch; H. Sonbol.

E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de

Homepage: www.gunther-krichbaum.de

Sie wollen keine E-Mail mehr erhalten? Dann melden Sie sich [hier](#) bitte ab.